

EU-Nachrichten 16 2014

KURZ & KNAPP

Unzulässige Subventionen 3

Insolvente Betreiber der Rennstrecke Nürburgring müssen Beihilfen zurückzahlen

IM FOKUS

Steuervergünstigungen 4

Keine Bevorzugung multinationaler Konzerne

Fortschrittsbericht 6

Derzeit keine neuen EU-Mitglieder in Sicht

IN EIGENER SACHE

Liebe Leserinnen und Leser,

Vielleicht haben Sie es gleich auf den ersten Blick bemerkt: Die EU-Nachrichten sehen etwas anders aus, als Sie es gewohnt sind. Wir haben das Layout optimiert, damit es Ihnen bei der Lektüre eine noch bessere Orientierung bietet und den Lesennutzen erhöht. So sollen die Inhalte durch einen etwas anderen Einsatz der Farben noch klarer voneinander abgegrenzt werden.

Weitere Ziele sind, das Druckbild aufzulockern und die Lesbarkeit etwa durch größere Bildunterschriften zu erhöhen. Wir hoffen, das neue Erscheinungsbild findet Anklang bei Ihnen!

Eine weitere Neuerung können wir heute schon ankündigen: In Kürze wird auch eine „App“ zur Verfügung stehen, mit der Sie die EU-Nachrichten auch auf dem Smartphone und anderen mobilen Geräten bequemer lesen können!



Auch Günther Oettinger, der designierte EU-Kommissar für „Digitale Wirtschaft und Gesellschaft“, stand den Europaabgeordneten drei Stunden lang Rede und Antwort.

KÜNFTIGE KOMMISSION IM EUROPAPARLAMENT BEFRAGT

Kandidaten im Kreuzverhör

Acht Tage lang haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments die designierten Mitglieder der künftigen EU-Kommission intensiv schriftlich und mündlich befragt und über ihre persönliche und fachliche Eignung diskutiert. Am Ende sprachen sie sich nur gegen eine Anwärterin aus: die Slowenin Alenka Bratušek, die als Vizepräsidentin für das Portfolio Energieunion vorgesehen war.

> Sie wurde von den Parlamentsausschüssen für Industrie und Umwelt fraktionsübergreifend als fachlich ungeeignet eingestuft. Bratušek zog daraufhin ihre Kandidatur zurück. Der zum künftigen EU-Kommissionspräsidenten gewählte Jean-Claude Juncker erklärte, er habe „viel Respekt“ für diesen Schritt. „Ihre Entscheidung zeigt ihre Unterstützung für die Europäische Union, Slowenien und den demokratischen Prozess“, sagte Juncker.

Slowenien hat nun die Entwicklungsministerin Violeta Bulc als EU-Kommissarin nominiert. Der Zeitplan sieht vor, dass das Plenum des Europaparlaments am 22. Oktober über die gesamte

Kommission abstimmt und diese am 1. November ihr Amt antritt. Es gebe ein gewisses Risiko, dass sich dieser Ablauf verzögert, sagte ein Kommissionssprecher.

Die neue Kandidatin aus Slowenien muss sich auch noch einer Anhörung durch Fachausschüsse des Europaparlaments stellen. Die abschließende Bewertung aller designierten Kommissarinnen und Kommissare wird von den Ausschuss- und Fraktionsvorsitzenden des Parlaments vorgenommen. Diese wollen sich in der kommenden Woche treffen, teilte das Parlament mit.

DER WEG DER DESIGNIERTEN KOMMISSARE INS AMT



ern und Zoll werden soll, und die Tschechin Vera Jourova, designierte Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung.

Auch die noch amtierende Innenkommissarin Cecilia Malmström aus Schweden, die in der künftigen Kommission für Handelspolitik zuständig sein soll, bekam nach ihrer mündlichen Anhörung noch einige schriftliche Fragen nachgereicht. Die Europaabgeordneten wollten in ihrem Hearing detailliert wissen, welche Positionen Malmström etwa bei den Verhandlungen mit den USA über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) einnehmen will. Bei der Abstimmung über ihre Eignung für das vorgesehene Amt bekam Malmström dann eine klare Mehrheit.

Keine ernsthaften Zweifel an Oettinger

Nicht in Frage stand die Zustimmung zu Günther Oettinger, dem deutschen Mitglied in der künftigen Kommission. Er soll nach fünf Jahren als Energiekommissar das Ressort „Digitale Wirtschaft und Gesellschaft“ übernehmen. Oettinger habe „mit seinem klaren Bekenntnis für die schnellstmögliche Vollendung des digitalen EU-Binnenmarkts die richtigen Akzente gesetzt“, erklärte der FDP-Abgeordnete Michael Theurer.

Die Telekommunikations-Expertin der SPD-Europaabgeordneten, Martina Werner, urteilte, Oettinger habe sich gut vorbereitet präsentiert. In einigen Bereichen habe sie sich aber konkretere Angaben des designierten Kommissars gewünscht, sagte sie. Die CSU-Abgeordnete Niebler sagte, Oettinger sei „der richtige Mann für dieses Zukunftsressort“. (frh) >

<http://ec.europa.eu/about/juncker-commission/>

>> Angelika Niebler (CSU) und Herbert Reul (CDU), die der Gruppe der CDU/CSU-Abgeordneten im Europaparlament vorsitzen, urteilten, das Juncker-Team habe sich in den Anhörungen gut geschlagen. „Neben einigen Top-Leuten, die herausstachen, war die Qualität der Kandidatinnen und Kandidaten sehr zufriedenstellend. Das sind gute Voraussetzungen, um die Politik in der EU neu zu gestalten und durchzusetzen“, so Niebler und Reul. „Nach den kleineren Korrekturen muss die Kommission nun jedoch schnellstmöglich an die Arbeit kommen.“

Jonathan Hill musste zweimal antreten

Die Bewerberinnen und Bewerber mussten sich auch viele kritische Fragen gefallen lassen. So wurde der Brite Jonathan Hill (Konservative Partei), der das neu geschaffene Portfolio Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion übernehmen soll, vom Wirtschaftsausschuss zu einer zweiten Anhörung geladen. Er wurde unter anderem kritisiert, weil er sich darüber ausschwig, für welche Finanzdienstleister er mit seiner früheren Beraterfirma tätig gewesen ist.

Bei dem Ungarn Tibor Navracsics, der für Kultur, Bildung, Jugend und Bürgerschaft zuständig sein soll, drängten die Abgeordneten des Kultur-

ausschusses auf eine Änderung des Portfolios. Navracsics habe maßgeblich an einem Mediengesetz seines Landes mitgewirkt, das von EU-Kommission und Europarat als Verstoß gegen demokratische Standards verurteilt worden war, argumentierten sie.

Andere Kandidaten mussten zusätzliche schriftliche Fragen beantworten. Etwa der Spanier Miguel Arias Cañete, designierter Kommissar für Klimapolitik und Energie. Er bekam Nachfragen zu den Verbindungen seiner Familie zur Ölindustrie. Zudem überprüfte der Rechtsausschuss des Europaparlaments die Angaben, die Cañete schriftlich zu diesem Thema gemacht hatte zweimal, weil der Spanier kurz vor seiner Anhörung neue Informationen nachgereicht hatte. Der Rechtsausschuss zeigte sich danach mit den Angaben einverstanden.

Die Sozialdemokraten wollen, dass Cañete sich bei Fragen von Klimaschutz oder Ausbau erneuerbarer Energiequellen eng mit dem designierten Ersten Vizepräsidenten der Kommission, dem Niederländer Frans Timmermans, abstimmt. Schriftliche Zusatzfragen bekamen unter anderem auch der frühere französische Finanzminister Pierre Moscovici, der Kommissar für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steu-

Die Balance muss stimmen

Bei der Zusammenstellung der künftigen EU-Kommission hat der gewählte Präsident Juncker viele Faktoren beachtet. So spielt etwa die Parteizugehörigkeit eine Rolle und auch das Geschlecht. Neun Frauen waren als Kommissionsmitglieder designiert, diese Zahl war im Europäischen Parlament als Mindestquote bezeichnet worden. Nach dem Rückzug der Slowenin Alenka Bratušek (Liberale) war also eine neue Frau gefragt.

SUBVENTIONEN FÜR DEN NÜRBURGRING

Insolvente Betreiber sollen Beihilfen zurückzahlen

Die Versuche des Landes Rheinland-Pfalz, den Ausbau der Autorennstrecke Nürburgring mit hunderten Millionen Euro an Subventionen zu einem Freizeitpark mit Hotels, Einkaufszentrum und Casino zu fördern und den Betrieb des Geländes aufrecht zu erhalten, waren unzulässig. Das hat die EU-Kommission entschieden. Sie ist überzeugt, dass ein privater Investor den drei Betreibergesellschaften, die sich heute alle in der Insolvenz befinden, nie solche Summen zur Verfügung gestellt hätte. Auch müssten Beihilfen „dazu dienen, Unternehmen umzustrukturieren und wieder auf Erfolgskurs zu bringen, statt sie künstlich über Wasser zu halten“, sagte Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia. Die deutschen Behörden hätten aber nie Umstrukturierungspläne vorgelegt.

Die beanstandeten Beihilfen müssten „im Einklang mit dem nationalen Insolvenzverfahren“ zurückgefordert werden. Der neue Eigentümer des Nürburgrings, der Automobilzulieferer capricorn, der im März den Zuschlag bekam und das Areal ab dem kommenden Jahr betreiben soll, haftet allerdings nicht. Der Verkauf sei offen und transparent zum Marktwert erfolgt, entschied die Kommission.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1067_de.htm



EUGH-URTEIL ZU DEUTSCHEN PÄSSEN

Geburtsname muss deutlicher erkennbar sein

Deutschland muss seine Passdokumente ändern. Der Europäische Gerichtshof hat die – in der Regel verheiratete Frauen betreffende – Praxis verworfen, hinter den Nachnamen mit dem Vermerk „geb.“ den Geburtsnamen anzugeben. Stattdessen müsse in dem für den Namen vorgesehenen Feld „unmissverständlich“ darauf hingewiesen werden, dass dort auch der Geburtsname eingetragen sei, heißt es in dem Urteil.

Und damit ausländische Behörden, etwa bei der Ausstellung eines Visums, nicht in die Irre geführt werden, muss das Wort „Geburtsname“ mindestens in französischer, englischer oder spanischer Übersetzung angegeben sein und zwar in Kursivschrift. Der EuGH verwies auf die Verordnung über Sicherheitsmerkmale in Reisedokumenten, in der verlangt wird, dass Pässe bestimmte Vorgaben der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) erfüllen müssen. Dem Urteil liegt die Klage eines Mannes zugrunde, der sich über häufig falsch ausgestellte Visa beklagt hatte. Az: C 101/13

http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/

VERSENDEN VON KURZNACHRICHTEN

EU-Kommission erlaubt Kauf von WhatsApp durch Facebook

Die Europäische Kommission hat den 19 Milliarden US-Dollar schweren Kauf des Kurznachrichtendienstes WhatsApp durch Facebook ohne Auflagen genehmigt. Beide Unternehmen bieten Smartphone-Anwendungen an, durch die Textnachrichten, Bild-, Video- oder Tondateien aus-

getauscht werden können – eine Alternative zum Versenden von SMS. Sie seien aber keine direkten Wettbewerber und die meisten Menschen nutzten ohnehin mehr als eine App, so die Kommission. „Wir haben die geplante Übernahme sorgfältig geprüft und sind zu dem Schluss gekommen, dass sie den Wettbewerb auf diesem dynamischen, expandierenden Markt nicht beeinträchtigen wird“, sagte EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia. „Die Endkunden werden auch weiterhin unter zahlreichen Kommunikationsanwendungen wählen können.“

Facebook hatte den Kauf von WhatsApp im Februar angekündigt. Im April hatten die US-Kartellbehörden grünes Licht für die Übernahme gegeben, die dem sozialen Netzwerk Facebook helfen könnte, auf den sich ändernden Geschmack von Nutzern im Teenageralter zu reagieren und seine Position international zu stärken.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1088_de.htm

BEIHILFEN FÜR KERNKRAFTWERK

Britische Regierung ändert auf Druck der Kommission Pläne

Die britische Regierung kann Bau und Betrieb eines neuen Kernkraftwerks in Hinkley Point fördern, aber in deutlich geringerem Umfang als ursprünglich vorgesehen. „Nach Einschreiten der EU-Kommission hat das Vereinigte Königreich die Fördermaßnahmen für das Kernkraftwerk Hinkley Point erheblich geändert, so dass etwaige Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt verringert und darüber hinaus die britischen Steuerzahler beträchtlich entlastet werden“, sagte EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia. In der neuen

Version sei die staatliche Hilfe mit EU-Beihilfen recht vereinbar.

London will helfen, die geschätzten Baukosten von über 31 Milliarden Euro zu finanzieren, indem sie für Darlehen bürgt, die von den Betreibern aufgenommen werden. Außerdem garantiert die Regierung den Betreibern für 35 Jahre stabile Einnahmen durch Zusage eines bestimmten Mindestpreises für den erzeugten Strom. Auf Druck der EU-Kommission müssen aber Gewinne der Betreiber über die geplante Laufzeit des AKW von 60 Jahren hinweg stärker als zunächst vorgesehen an die Staatskasse zurückfließen. Auch müssen die Betreiber für die staatlichen Bürgschaften eine höhere Gebühr zahlen, was die Beihilfen laut Kommission um rund 1,3 Milliarden Euro schrumpfen lässt.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1093_de.htm

KORRIGENDUM

Vier Agenturen kümmern sich um Erasmus+ in Deutschland

In den EU-Nachrichten vom 25.9.2014 haben wir berichtet, dass das EU-Programm Erasmus+ in Deutschland von der Nationalen Agentur (NA) beim Bundesinstitut für Berufsbildung umgesetzt wird. Darüber hinaus gibt es drei weitere NA, die Erasmus+ in Deutschland mit Leben erfüllen: die NA beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (EU-Hochschulzusammenarbeit), die NA beim Pädagogischen Austauschdienst (Programme im Schulbereich) und die NA „Jugend in Europa“ (Jugendarbeit).

<http://www.erasmusplus.de/>

EU-Kommission will keine Bevorzugung akzeptieren



Konzerne mit Tochterfirmen in verschiedenen Ländern können durch geschickte Verrechnung der Gewinne ihre Steuerlast teils deutlich mindern.

Multinationale Konzerne sollen genauso wie kleinere Unternehmen und Privatpersonen ihren fairen Beitrag zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise leisten, die viele Europäerinnen und Europäer hart getroffen hat und ihnen große Opfer abverlangt. Darauf drängt die EU-Kommission. Mit EU-Beihilferecht will sie verhindern, dass multinationale Konzerne ihre Marktmacht ausnutzen und durch „aggressive Steuerplanung“ bei den Finanzbehörden einiger EU-Staaten erreichen, dass sie günstiger davonkommen als Unternehmen, die normale Körperschaftssteuern zahlen müssen.

> Steuervergünstigungen für Apple in Irland, für die Fiattochter „Fiat Finance and Trade“ in Luxemburg und für die US-Kaffeekeite Starbucks in den Niederlanden haben die gleiche Wirkung wie illegale Beihilfen, vermutet die Kommission zum Beispiel und hat deswegen im Juni eine Untersuchung eingeleitet. Im irischen und luxemburgischen Fall hat sie jetzt veröffentlicht, was sie Behörden und Konzernen im Detail vorwirft. Außerdem vertiefte sie eine Untersuchung, warum der Internethändler Amazon zwar den größten Teil seiner europäischen Umsätze in Luxemburg verbucht, dort aber längst nicht alles versteuern muss. Ferner wurde eine Untersuchung des Körperschaftsteuersystems im zu Großbritannien gehörenden Gibraltar vertieft. Dort werden nach Auffassung der Kommission bestimmte Unternehmen begünstigt.

In den Steuerabkommen, die der iPhone-Hersteller Apple in den Jahren 1991 und 2007 mit

Irland geschlossen hat, sieht die Kommission nach „vorläufiger Einschätzung“ eine Staatsbeihilfe. Damit hätten die Behörden Irlands dem US-Konzern jedes Jahr und andauernd einen Vorteil verschafft, der selektiv gewährt worden sei. Ähnlich sieht es im Fall Luxemburg aus. Nach „vorläufiger“ Einschätzung sei eine Fiat betreffende Steuerentscheidung einer Staatshilfe für den italienischen Autobauer gleichgekommen. Luxemburg soll nun innerhalb eines Monats weitere Dokumente zur Verfügung stellen.

Fairen Steuerwettbewerb in der EU erhalten

„Nach den EU-Beihilfavorschriften dürfen die nationalen Behörden keine Maßnahmen ergreifen, die dazu führen würden, dass bestimmte Unternehmen weniger Steuern zahlen als bei einer fairen und nichtdiskriminierenden Anwendung der jeweiligen Steuervorschriften“, hatte EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia bei der Einleitung der Untersuchung gesagt. „Angesichts der angespannten Lage der öffentlichen Kassen ist es derzeit besonders wichtig, dass die großen multinationalen Konzerne ihren Steuerbeitrag leisten“, so Almunia weiter.

„Der faire Steuerwettbewerb ist für die Integrität des Binnenmarktes, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen der EU-Mitgliedstaaten und gleiche Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen unerlässlich“, betonte auch der für Steuern zuständige EU-Kommissar Algirdas Šemeta. In den Verfahren geht es etwa um die Preise, die für Transaktionen

zwischen Tochtergesellschaften eines Konzerns in Rechnung gestellt werden. Da solche Preise maßgeblich Einfluss darauf haben, wie der zu versteuernde Gewinn zwischen den in unterschiedlichen Ländern ansässigen Tochtergesellschaften verteilt wird, können Unternehmen mit einer kreativen Gestaltung gezielt Gewinne verlagern und ihre Steuern mindern. Die Kommission hat in den konkreten Fällen den Verdacht, dass der besteuere Gewinn von den Behörden „unterschätzt wird“. Wenn Verrechnungspreise genehmigt würden, die nicht den wirtschaftlichen Tatsachen entsprechen, könne das EU-Recht widersprechen.

Internationale Regulierung diskutiert

Das internationale Verschieben von Profiten und die damit verbundene „Aushöhlung“ nationaler Steuerbemessungsgrundlagen werden nicht nur durch EU-Beihilfenrecht bekämpft, sondern zum Beispiel auch durch das Bemühen um eine internationale Regulierung, etwa im Kreis der OECD-Staaten. Dieses wird auch von der Bundesregierung unterstützt. „Wir benötigen einen gemeinsamen internationalen Ordnungsrahmen“, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär Michael Meister dazu. „Wir werden weiterhin mit großem Engagement dafür eintreten, dass internationale Steuergestaltungen eingeschränkt werden und die Wettbewerbsgleichheit aller Unternehmen erhalten bleibt“, so Meister. (frh/ste) >

EU-Untersuchung könnte noch ausgeweitet werden

Stellt die EU-Kommission fest, dass einzelne Konzerne unzulässige Steuervorteile erhalten haben, dann kann das dazu führen, dass eingesparte Steuern nachgezahlt werden müssen. EU-Wettbewerbskommissar Almunia hatte angekündigt, dass die Untersuchung noch wesentlich umfangreicher werden könnte. Bisher seien Irland, Luxemburg, die Niederlande, Belgien und Gibraltar mit einbezogen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12719_de.htm

EU-GIPFEL ZUR BESCHÄFTIGUNG

Verfügbare Mittel besser und schneller einsetzen

Beim EU-Beschäftigungsgipfel in Mailand hat EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso an die Mitgliedstaaten appelliert, ihre Finanzierungszusagen einzuhalten, die sie für den mittelfristigen Haushalt der EU bis 2020 gemacht haben. Denn in diesem ist eine Menge Geld für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vorgesehen, das dort in Europa eingesetzt werden kann, wo es am nötigsten gebraucht wird. Wenn die EU-Staaten ihre Verpflichtungen nicht einlösten, könnten aber nicht alle geplanten Programme für mehr Arbeitsplätze und Wachstum auf den Weg gebracht werden, mahnte Barroso.



Digitale und technische Berufe gelten als zukunftsträchtig. Für sie soll verstärkt ausgebildet werden.

> „Die Kommission hat alles in ihrer Macht stehende getan, den Mitgliedstaaten dabei zu helfen, die unakzeptable hohe Arbeitslosigkeit, speziell die Jugendarbeitslosigkeit, zu senken. Etwa indem Milliarden Euro pro Jahr über den Europäischen Sozialfonds für Jobs und Ausbildung ausgegeben werden und durch den Vorschlag einer Jugendgarantie“, sagte Barroso. Diese sagt jungen Leuten unter 25 Jahren zu, dass ihnen innerhalb von vier Monaten ein Arbeits-, Aus- oder Fortbildungsplatz oder zumindest ein Praktikum angeboten wird. „Die Staats- und Regierungschefs müssen sicherstellen, dass die Umsetzung der Jugendgarantie durch nationale Pläne höchste Priorität bekommt“, fordert Barroso. „Finanzielle Unterstützung für die Jugendgarantie muss als bedeutende Investition in die Zukunft der europäischen Wirtschaft und der Gesellschaft als Ganzes angesehen werden“, sagte EU-Arbeits- und Sozialkommissar László Andor.

Abbau von Bürokratie angestrebt

Alein über den Europäischen Sozialfonds (ESF) sollen jährlich 10 Milliarden Euro verfügbar gemacht werden – die größte EU-Quelle im Kampf für mehr Jobs. Die Jugendbeschäftigungsinitiative ist zudem mit 6,4 Milliarden Euro ausgestattet, die in diesem und im nächsten Jahr in Regionen mit einer Jugendarbeitslosigkeit über 25 Prozent fließen können. Kleine Unternehmen, die in der EU die meisten Arbeitsplätze bieten, können mit 20 Milliarden Euro jährlich aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) unterstützt werden.

Von den 6,4 Milliarden Euro aus der Jugendbeschäftigungsinitiative seien bisher 800 Millionen Euro ausgegeben worden; 830.000 Menschen könnten damit unterstützt werden, sagte Barroso nach dem Gipfeltreffen, an dem die EU-Staats- und Regierungschefs, Arbeitsminister und Vertreter der Arbeitsvermittlungen teilnahmen. Die EU-Regeln für die Bewilligung der Mittel seien noch nicht flexibel genug, räumte Barroso ein. Er hoffe, die Mitgliedstaaten würden zustimmen, die Vorschriften zu vereinfachen, damit das Geld rascher und effektiver dort eingesetzt werden könne, wo es nötig sei.

Bundeskanzlerin Angela Merkel begrüßte die Bereitschaft, die Kommission und Europäisches Parlament bei dem Gipfeltreffen gezeigt hätten,

bürokratische Hürden für die Zuteilung der vorhandenen Mittel abzubauen. „Im Augenblick ist es nicht eine Frage, dass das Geld nicht reicht. Sondern im Augenblick ist es eine Frage, dass das Geld erst einmal fließt“, sagte Merkel. Die EU-Staaten müssten ihre Strukturreformen und Programme zur Schaffung neuer Arbeitsplätze weiter vorantreiben, sich dabei aber auch gut überlegen, wo investiert werden solle. „Wir müssen wissen, was sind die Berufe der Zukunft“, forderte Merkel. Sie nannte die Digitale Wirtschaft als Zukunftssektor, für den verstärkt ausgebildet werden müsse.

Auf EU-Ebene wurde im März 2013 eine „Große Koalition für Digitale Arbeitsplätze“ gegründet. An ihr beteiligen sich laut EU-Kommission inzwischen 57 Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Organisationen und Verbände und in acht EU-Staaten gibt es „nationale Koalitionen“.

Lage für junge Leute leicht verbessert

Seit Mitte 2013 hat die Zahl der Beschäftigten in den meisten Branchen zugenommen. Das geht aus dem Quartalsbericht zur Beschäftigungssituation und zur sozialen Lage in der EU hervor. Etwas besser sieht es auch für die jungen Leute unter 25 Jahren aus. Im August lag die Jugendarbeitslosenquote in der EU bei 21,6 Prozent und damit 1,9 Prozentpunkte niedriger als im Jahr davor. Unter der höchsten Jugendarbeitslosigkeit (53,7 Prozent) leidet weiter Spanien, die niedrigste Quote hat Deutschland (7,6 Prozent).

EU-Arbeitsvermittlung ausbauen

Bei dem EU-Beschäftigungsgipfel wurde auch über andere gemeinsame Initiativen gesprochen, etwa über die geplante Reform des paneuropäischen Arbeitsvermittlungsnetzwerks Eures. Die Zahl der bei Eures online verfügbaren Lebensläufe und Stellenanzeigen soll weiter gesteigert werden. Merkel sagte, die Bundesregierung werde sich „nachdrücklich“ für den Ausbau von Eures zu einer Arbeitsvermittlung für die ganze EU einsetzen. „Das müssen wir mit Leben erfüllen“, so Merkel. (frh)

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12745_de.htm

Verhandlungen fördern Reformen und Stabilität in Nachbarländern



Die Türkei – hier der Blick auf Istanbul – ist das größte der Länder, die der EU beitreten wollen. Die Verhandlungen laufen seit Oktober 2005.

> „Der Prozess ist glaubwürdig und zeitigt konkrete Ergebnisse durch Reformen, die schrittweise für grundlegende Veränderungen in den betreffenden Ländern sorgen“, sagte der für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik zuständige EU-Kommissar Štefan Füle. „Dies erhöht wiederum die Stabilität in unserer Nachbarschaft.“ Bei der Vorstellung des Berichts im Europaparlament machte Füle klar, dass eine EU-Mitgliedschaft das Ziel von Beitrittsverhandlungen bleiben müsse. „Sobald ein Beitrittskandidat die notwendigen Reformen umgesetzt hat, verwirklichen wir seine europäische Perspektive.“ Glaubwürdigkeit gelte für beide Seiten, sagte der scheidende Kommissar, als dessen Nachfolger der Österreicher Johannes Hahn vorgesehen ist, derzeit EU-Kommissar für Regionalpolitik.

Füle präsentierte die diesjährigen Fortschrittsberichte zu den Staaten, mit denen die EU über einen Beitritt verhandelt – Montenegro, Serbien, Türkei –, die Kandidatenstatus haben – die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und

Öffentliche Verwaltung im Blickpunkt

In der diesjährigen Zusammenarbeit mit den Beitrittskandidaten und –interessenten habe besonders das Thema Reform der öffentlichen Verwaltung und Stärkung demokratischer Institutionen im Mittelpunkt gestanden, heißt es im Kommissionsbericht. In den Ländern seien Arbeitsgruppen gebildet worden, um entsprechende Reformen voranzutreiben.

Albanien – oder die als potenzielle Kandidaten gelten – Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo.

Serbien

Danach sind die erst zu Jahresbeginn aufgenommenen Verhandlungen mit Serbien zügig angelaufen. Der Start der Verhandlungen habe einen „Wendepunkt“ in den Beziehungen der EU zu diesem Land dargestellt. Wie schnell die Verhandlungen vorankommen, hänge von Fortschritten in bestimmten Schlüsselbereichen ab, etwa bei der Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit und der Normalisierung der Beziehungen zum Kosovo.

Türkei

Füle sprach sich erneut dafür aus, die seit 2005 laufenden Verhandlungen mit der Türkei voranzutreiben. Das Land sei nicht nur ein wichtiger Handelspartner, sondern aufgrund seiner Lage auch von Bedeutung für die Energieversorgung und die Migrationspolitik. Die Kommission sieht in der Türkei einige Reformfortschritte, etwa bei der Umsetzung des „Demokratisierungspakets“ von 2013 und beim Umgang mit der kurdischen Minderheit. Doch habe es auch „Anlass zu schwerwiegenden Bedenken“ gegeben, etwa was die Unabhängigkeit der Justiz und den Schutz von Grundfreiheiten angeht.

Montenegro

Mit Montenegro wird seit Juni 2012 über einen Beitritt verhandelt. Zwölf der über 30 Verhandlungskapitel seien inzwischen eröffnet worden und zwei vorläufig abgeschlossen, heißt es in dem Bericht.

Dass die Europäische Union neue Mitglieder bekommt, ist derzeit nicht in Sicht. Für die kommenden fünf Jahre hat Jean-Claude Juncker in der Rede vor seiner Wahl zum künftigen EU-Kommissionspräsidenten im Europäischen Parlament eine Erweiterung ausgeschlossen. Welchen großen Wert aber auch schon die Verhandlungen und vielfältigen Kontakte mit beitragswilligen Ländern haben, machte der neue Jahresbericht über die Kandidatenstaaten deutlich, den die EU-Kommission jetzt vorlegte.

Mazedonien

Besorgt zeigte sich Füle über die Entwicklung in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, die seit 2005 den Kandidatenstatus hat. Dort habe es in den vergangenen Jahren Rückschritte in den Reformbemühungen gegeben, urteilte die Kommission, etwa bei Meinungs- und Medienfreiheit und bei der Unabhängigkeit der Justiz. Die Kommission erneuerte zwar ihre Empfehlung für Beitrittsverhandlungen mit Skopje zum sechsten Mal in Folge, stellte aber in Frage, ob sie das ohne entschiedene Reformen des Landes auch weiterhin tun werde. Füle zeigte sich überzeugt, dass der Streit um den Namen „Mazedonien“ mit Griechenland, wo es eine Region gleichen Namens gibt, längst hätte gelöst werden können, wenn die EU-Staaten den Verhandlungsprozess eingeleitet hätten.

Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo

Albanien hat im Juni den Status eines Beitrittskandidaten bekommen. Dem Land werden Fortschritte, besonders im Bereich Justiz, Bekämpfung organisierter Kriminalität und Korruption attestiert. In Bosnien-Herzegowina sei der Prozess der europäischen Integration „zum Stillstand gekommen“ und eine umfassende Reformagenda nach den anstehenden Parlamentswahlen sei nötig, so die Kommission. Mit dem Kosovo wurde im Juli ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen paraphiert. Die Beitrittsverhandlungen mit Island liegen auf Wunsch Reykjaviks seit Mai 2013 auf Eis. (frh/ste) >

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12747_de.htm

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 11.10.2014 10.00–15.30 Uhr	„Wann handelt Europa endlich gemeinsam?“ 39. Landeskongress der Europa-Union Rheinland-Pfalz Veranstalter: Europa-Union Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.	Historischer Rathaussaal der Stadt Koblenz Willi-Hörter-Platz 1 56068 Koblenz	rip.europa-union.de
> 14.10.2014 18.00 Uhr	„Aus der Krise lernen: Perspektiven einer Reform der Europäischen Union“ Vortrag Veranstalter: Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht	Humboldt-Universität zu Berlin Unter den Linden 6 10117 Berlin	www.whi-berlin.de
> 15.10.2014 09.00–17.00 Uhr	„Fit4Health 2.0 Workshop: International Training for the Exploitation of EU Project Results“ Seminar Veranstalter: Steinbeis-Europa-Zentrum	Haus der Wirtschaft Baden-Württemberg Willi-Bleicher-Straße 19 70174 Stuttgart	www.steinbeis-europa.de/ event.Fit4Health.html
> 15.10.2014 17.00 Uhr	„YES, We Could! 25 Years of Democratic Change, 15 years in NATO, 10 years in EU. How Poland Made It“ Präsentation und Diskussion Veranstalter: The Foundation Institute for Eastern Studies	Berliner Rathaus Rathausstraße 10178 Berlin	www.eab-berlin.eu/fileadmin/downloads/Invitation_yes_we_could_151014.pdf
> 15.10.2014 19.00 Uhr	„Europa Talks III – Kann Europa seine Poesie wiederfinden?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: EUNIC Berlin	Robert Bosch Stiftung Repräsentanz Berlin Französische Straße 32 10117 Berlin	www.eunic-berlin.eu
> 16.10.2014 18.00 Uhr	„25 Jahre Mauerfall – 10 Jahre EU-Erweiterung“ Veranstaltungsreihe „Europa ist hier!“ Veranstalter: Berliner Europabeauftragte, Europa-Union Berlin e.V.	Berliner Rathaus Rathausstraße 10178 Berlin	www.berlin.de/rbmskzl/europa/europa-in-berlin/veranstaltungen/formular.182620.php
> 16.10.2014 18.30 Uhr	„Europa-Stammtisch in Herne“ Meinungsaustausch und Informationen Veranstalter: Europa-Union, Kreisverband Herne	Gaststätte „Zille“ Willi-Pohlmann-Platz 1 44623 Herne	www.eu-herne.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=19&Itemid=27
> 18.10.2014 10.00–16.00 Uhr	„JuBi - Die JugendBildungsmesse in München“ Messe für Schüleraustausch, High School, Sprachreisen, Praktika, Au-Pair, Work & Travel und Freiwilligenarbeit Veranstalter: weltweiser - der unabhängige Bildungsberatungsdienst	Nymphenburger Schulen Sadelerstr. 10 80638 München	www.weltweiser.de
> 19.–20.10.2014 18.00 Uhr	„Illegaler Zigarettenhandel und organisierte Kriminalität – Prävention und Bekämpfung in Deutschland und Europa“ Expertenworkshop Veranstalter: Europäische Akademie Berlin e.V.	Europäische Akademie Berlin e.V. Bismarckallee 46/48 14193 Berlin	www.eab-berlin.eu/fileadmin/downloads/Einladung_Zigarettenmuggel_191014.pdf
> 20.10.2014 18.30–20.15 Uhr	„Europas 'Weltmeister' – das deutsche Momentum“ Veranstaltung der Reihe NZZ Podium Berlin Veranstalter: Hertie School of Governance, Neue Zürcher Zeitung	Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften Markgrafstraße 38 10117 Berlin	http://podium-berlin.nzz.ch/event/europa-weltmeister/
> 24.10.2014 12.00–14.00 Uhr	„Which Policy for Europe? - Power and Conflict inside the European Commission“ Buchpräsentation Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin	Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin Unter den Linden 78 10117 Berlin	http://ec.europa.eu/deutschland/termine/20141024_which_policy_de.htm

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Vertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Vertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.

**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keinster Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

TOUR D'EUROPE IN BERLIN

Schülerinnen und Schüler auf den Spuren der Osterweiterung

Vor 25 Jahren fiel die Berliner Mauer, und es hob sich auch der Eiserne Vorhang, der Europa Jahrzehnte lang geteilt hatte. Die Erinnerung an diese umwälzenden Ereignisse ist das Leitmotiv der Tour d'Europe durch Berlin, an der im November täglich zwei Schulklassen teilnehmen werden. Nach einer einführenden Doppelstunde zum Thema europäische Integration gehen diese einen Tag lang auf Tour. Ziele sind dabei zunächst das Europäische Haus mit den Vertretungen der EU-Kommission und des Europaparlaments und das Berliner Rathaus.



Auf dem Programm stehen auch Spiele, Aktionen mit prominenten Gästen und viele Infos über die EU. Anschließend kommt das Thema „10 Jahre Osterweiterung“ in Begegnungen mit den Botschaftern der damals beigetretenen Staaten zur Sprache. Die kostenlose Tour d' Europe ist 2014 ausgebucht, aber laut Berliner Senat findet sie auch 2015 wieder statt – voraussichtlich im Frühjahr und im Herbst.

<http://www.buerger-europas.de/>

AUF TOUR IN BRAUNSCHWEIG, BERLIN UND HEIDELBERG

Europäisches Theaterprojekt zur „Kunst des Alterns“

Mit der Frage, wie die Menschen in den älter werdenden Gesellschaften Europas künftig zusammenleben wollen, haben sich Theatermacher aus Deutschland, Rumänien, Bulgarien und der Slowakei beschäftigt. Ziel des europäischen Projekts, dessen Gesamtkosten von 400.000 Euro zur Hälfte aus dem EU-Kulturbudget getragen wurden, ist es, durch die künstlerische Aufarbeitung des Themas eine breite Diskussion über die demografischen Herausforderungen anzustoßen. Etwa durch die deutsch-rumänische Koproduktion „Die Uhr tickt“ – eines der Ergebnisse des Projekts „Kunst des Alterns“.

Für das Stück hat der rumänische Dramatiker Peca Stefan in Temeswar und Karlsruhe recherchiert, der deutsche Regisseur Malte C. Lachmann hat es mit Schauspielern aus beiden Städten inszeniert, und an beiden Orten war es schon zu sehen – jeweils mit Übertiteln zur Übersetzung der fremdsprachigen Textpassagen. In Deutschland sind weitere Aufführungen am Staatstheater Braunschweig (23.10.), am Deutschen Theater Berlin (14.11.) und in Heidelberg (16.11.) geplant.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12736_de.htm

UNTERSTÜTZUNG FÜR FORSCHER IN DER EU

Europaweiter Rentenfonds soll die Mobilität fördern

Das wirtschaftliche Wohlergehen der EU-Staaten hängt stark vom Erfindungsreichtum der europäischen Forscher und Entwickler ab. Damit die klügsten Köpfe gemeinsam an Projekten arbeiten können, fördert die EU-Kommission die grenzüberschreitende Mobilität der Forscher. Diese wiederum profitieren laut Studien stark von den Auslandsaufenthalten und kehren mit neuen Ideen zurück. Doch wer häufig in ein anderes EU-Land umziehen muss, hat auch Schwierigkeiten. Zum Beispiel lässt sich die Zusatzrentenversicherung nicht problemlos weiterführen.

„Renten sind ein ernsthaftes Hindernis für die Freizügigkeit“, sagte EU-Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn. Überwunden werden soll es ab 2015 durch einen speziell auf die Bedürfnisse von Forschern zugeschnittenen europaweiten Rentenfonds. Er wurde jetzt nach belgischem Recht gegründet und die EU-Kommission will die Einrichtungskosten übernehmen. Zu den Gründungsmitgliedern gehören wissenschaftliche Institute aus Ungarn, Italien, Österreich und den Niederlanden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1063_de.htm



NEUE EUROSTAT-PUBLIKATION

Fakten zu Wirtschaft und Menschen

Mit etwa 505 Millionen Menschen lebten 2012 etwas über sieben Prozent der Weltbevölkerung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. In diesen wurde ein Anteil von knapp 23 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet und 7,3 Prozent der Kohlendioxidemissionen, die weltweit in die Atmosphäre gelangten, stammten aus der EU. Diese und viele andere Fakten lassen sich der Veröffentlichung „The EU in the world 2014“ entnehmen, die vom EU-Statistikamt Eurostat herausgegeben wurde, und die kostenlos im Internet heruntergeladen werden kann.

Verglichen werden die 28 EU-Staaten dort mit den Nationen, die weltweit zu den wirtschaftlich bedeutendsten oder aufstrebendsten zählen – mit der so genannten G-20 Gruppe. Eurostat betrachtet sowohl Bevölkerungskennziffern wie Geburtenrate oder Säuglingssterblichkeit als auch Wirtschaftsdaten.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/The_EU_in_the_world